

Menschenrechtsrat-Einigung fünf nach zwölf

Alle Staaten werden unter die Lupe genommen

Nach einjährigem Feilschen hat der Uno-Menschenrechtsrat sich durch Konsens künftige Verfahrensregeln gegeben. Ohne Einigung stünde das Menschenrechtsgremium vor dem Chaos. Neu wurde eine periodische Kontrolle der Menschenrechtssituation aller Staaten beschlossen.

mri. Genf, 19. Juni

Der Menschenrechtsrat der Uno hat in der Nacht auf Dienstag in Genf nach 14-stündigen Verhandlungen einen Konsens über seine künftigen Verfahrensregeln erreicht. Der Rat sei buchstäblich fünf nach zwölf gerettet worden, sagte der deutsche Uno-Botschafter Michael Steiner im Namen der EU-Ratspräsidentschaft. Das verabschiedete Paket mit den Verfahrensregeln sei zwar nicht ideal, aber eine Grundlage, mit der sich arbeiten lasse. Sein Wert müsse in der Praxis unter Beweis gestellt werden.

Akzeptabler Kompromiss

Auch die Schweiz unterstützte das Schlussdokument als «akzeptablen Kompromiss». Völlig überraschend stellte Kanada am Dienstag den Konsens vom Vorabend in Frage, stand mit dieser Meinung jedoch allein gegenüber den übrigen 46 Ratsmitgliedern. Das im März 2006 im Rahmen der Uno-Reform geschaffene höchste Menschenrechtsgremium hatte seine Arbeit im Juni vergangenen Jahres aufgenommen und war von der Uno-Generalversammlung damit beauftragt worden, innerhalb eines Jahres seine Verfahrensregeln festzulegen. Der Rat soll im Gegensatz zu seinem Vorgängergremium, der Menschenrechtskommission, mehr auf Dialog statt auf Konfrontation setzen. Ohne Einigung in letzter Minute wäre das Gremium vor einem Chaos gestanden.

Neu und Kernstück dieses institutionellen Aufbauprozesses ist das Länderexamen. Demnach soll jeder Staat alle vier Jahre einen Bericht über seine Einhaltung der Menschenrechte vorlegen. Pro Jahr wird der Rat insgesamt 48 Länder prüfen. Auch Informationen von Nichtregierungsorganisationen werden berücksichtigt, und das Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) wirkt ebenfalls mit. Vier Jahre später wird kontrolliert, ob der betroffene Staat die Empfehlungen des Rats eingehalten hat. Der Rat kann unter anderem Sondersitzungen zu Krisensituationen einberufen. Darauf bestand die EU, dafür akzeptierte sie, dass die Menschenrechtssituation in den Palästinenser-Gebieten wie bis anhin separat geprüft wird.

Chinas Forderung abgelehnt

Die unabhängigen Sonderberichterstatter zu einzelnen Themen oder Ländern der Menschenrechtskommission werden beibehalten. Die heute 40 Berichterstatter, deren Mandat maximal sechs Jahre dauert, müssen sich an einen Verhaltenskodex halten. Als

Think-Tank des Rats wird ausserdem ein beratendes Komitee aus 18 Experten geschaffen. Strittig waren bis am Schluss die Ländermandate der Berichterstatter. China verlangte am Montag, künftig mit einer Mehrheit von zwei Dritteln statt mit einfacher Mehrheit zu entscheiden, ob ein Berichterstatter ernannt werden soll, um Menschenrechtsverstösse in einem bestimmten Land zu untersuchen. Es hatte früher während Jahren eine Verurteilung wegen Menschenrechtsverletzungen erfolgreich abgewendet. Die westlichen Länder, darunter die Schweiz, lehnten die Forderung Chinas ab. Für sie sowie für Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch war die Beibehaltung des Rechts, Ländermandate zu schaffen, ein wichtiger Test für die Glaubwürdigkeit des Rates. Die Mehrheit der Ländermandate wurde mit dem Konsensbeschluss beibehalten - so für Nordkorea, Burma, den Sudan, Somalia und Kongo-Kinshasa. Jene für Weissrussland und Kuba wurden jedoch aufgehoben - eine Konzession des Westens. Die Entwicklungsländer - sie bilden zusammen die Mehrheit im Rat - hatten die Ländermandate bereits in der früheren Menschenrechtskommission als einseitig kritisiert.

Gespannte Atmosphäre

Die Verhandlungen fanden in einer gespannten Atmosphäre statt. Der mexikanische Ratspräsident Luis Alfonso de Alba hatte am Sonntag einen letzten Textentwurf für die Verfahrensregeln vorgelegt. Die EU hatte gedroht, den Text nicht mitzutragen, sofern ihr wichtige Dinge wie Ländermandate nicht enthalten seien. Falls ihre Mindestforderungen nicht erfüllt würden, wollte sie aus dem Rat austreten.

Vor allem im ersten Halbjahr seines Bestehens war der Rat geprägt von der Solidarität seiner Mitglieder mit ihren jeweiligen regionalen Gruppen. Angeführt von Pakistan, hatte die Organisation der islamischen Konferenz (OIC) zusammen mit weiteren afrikanischen und asiatischen Ländern, die über je 13 Sitze verfügen, eine breite Koalition gebildet, um ihre Sicht der Dinge durchzusetzen. Die EU, der andere wichtige Akteur, verfügt nur über 8 Sitze und war laut Diplomaten vor allem damit beschäftigt, sich unter ihren eigenen Mitgliedern abzusprechen. Zur Gruppe westlicher Staaten zählten ausserdem Kanada und die Schweiz.

Zielstrebigere EU-Staaten

Unter der deutschen Ratspräsidentschaft agierten die EU-Staaten seit Beginn dieses Jahres zielgerichteter. Ein erster Erfolg der EU war ein Konsensbeschluss zu Darfur im vergangenen März, mit dem die sudanesishe Regierung zur Rechenschaft für Menschenrechtsverstösse gezogen wird. Viele Länder begrüsst diese neue Art der Zusammenarbeit im Rat. In der Menschenrechtskommission hatte man sich nicht um die Umsetzung von Beschlüssen gekümmert.

Der Rat wählte am Dienstag den rumänischen Botschafter Doru Romulus Costea zu seinem neuen Präsidenten. Ausserdem wurde ein Drittel des Gremiums erneuert. Die Schweiz ist noch bis 2009

Mitglied.